

Interpellation Fraktion SVP (Nathalie D'Addezio, SVP): Gewaltbereiter Extremismus in Bern

Gemäss Recherchen der Zeitung «Der Bund» reichen Kontakte aus dem Umfeld des Polit- und Kulturzentrums Reitschule bis tief in das linksextreme, gewaltbereite Milieu. Polizeipatrouillen, welche in und um die Reitschule für Recht und Gesetz sorgen müssen, werden regelmässig von gewalttätigen Reitschulaktivisten attackiert. Zudem ist nicht selten die Reitschule Ausgangspunkt von unbewilligten und gewaltbeladenen Demonstrationen, welche oft zu grossen Sachbeschädigungen und verletzten Polizei- und Sanitätsbeamten führen, wie die letzten Antifa-Demonstrationen und vor allem die Tanz-Dich-Frei-Aktion eindrücklich belegen. Offensichtlich hat die mehrheitlich rot-grüne Stadtregierung bislang - wohl auch aus ideologischen Gründen - bei linksextremer Gewalt allzu lange weggeschaut.

Ich bitte deshalb den Gemeinderat höflich um die Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Wie lange will der Gemeinderat dem gewaltbereiten linksextremen Treiben rund um die Reitschule noch zusehen?
2. Sind die linken Rädelsführer im Umfeld der Reitschule den Behörden bekannt?
3. Wie viele Personen müssen dem gewaltbereiten linksextremen Milieu in der Stadt Bern zugerechnet werden?
4. Wie viele Aktivisten müssen dem gewaltbereiten rechtsextremen Umfeld in der Stadt Bern zugerechnet werden?
5. Gibt es Hinweise auf gewaltbereite oder terroristische Aktivitäten seitens religiöser Eiferer (z. B. Islam) auf dem Boden der Stadt Bern?
6. Welche Massnahmen gedenkt der Gemeinderat gegen gewalttätigen Extremismus jeglicher Art auf dem Boden der Stadt Bern vorzunehmen?
7. Ist die Stadtregierung bereit, mit der ganzen Härte des Gesetzes gegen Randalierer und Chaoten jeden Couleurs vorzugehen?
8. Ist der rot-grün-dominierte Gemeinderat willens, künftig sowohl den gewalttätigen Linksextremismus wie auch den gewalttätigen Rechtsextremismus genau gleich gesellschaftlich zu ächten?

Bern, 20. Juni 2013

Erstunterzeichnende: Nathalie D'Addezio

Mitunterzeichnende: Manfred Blaser, Roland Jakob, Peter Bernasconi, Karin Hess-Meyer, Simon Glauser, Alexander Feuz, Ueli Jaisli, Claudio Fischer, Erich Hess

Antwort des Gemeinderats

Der Gemeinderat toleriert auf Stadtgebiet weder links- noch rechtsextreme gewalttätige Aktivitäten. Es ist Aufgabe der Staatsschutzbehörden des Bundes, der Polizei und der zuständigen Justizbehörden, im Rahmen ihrer Mittel und insbesondere im Rahmen ihrer nachrichtendienstlichen Aktivitäten entsprechende Quellen aufzudecken und zu verfolgen.

Die Antworten zur vorliegenden Interpellation stützen sich auf Angaben der Kantonspolizei, soweit es um deren polizeiliche bzw. nachrichtendienstliche Tätigkeit geht.

Zu Frage 1:

Der Gemeinderat unterstützt die Reitschule als Kulturbetrieb. Dieser Kulturbetrieb wurde auch von der Bevölkerung in mehrfachen Volksabstimmungen bestätigt und gutgeheissen. Gewalt im Umfeld der Reitschule hat der Gemeinderat wiederholt verurteilt.

Zu Frage 2:

Der Kantonspolizei sind nach eigenen Angaben verschiedene führende Personen im Umfeld der Reitschule bekannt.

Zu Frage 3:

Die Kantonspolizei geht davon aus, dass sich etwa 30 bis 40 gewaltbereite Personen aus der linksextremen Szene in der Stadt Bern bewegen. Die jeweilige konkrete Teilnehmerzahl und Zusammensetzung dieser Personen innerhalb der Gruppe ist sehr aktions- und themenabhängig. Bei lokalen Angelegenheiten wurde die Erfahrung gemacht, dass aus dem Umfeld der Lex-Szene Bern bis zu total 150 Personen spontan mobilisiert werden können. Bei längerfristig organisierten Demonstrationen und Kundgebungen mit nationalem Interesse ist zu beachten, dass nebst den linksextremen Aktivisten aus Biel, Burgdorf, Langenthal und Thun jeweils auch solche aus der übrigen Schweiz in Bern auftreten können.

Zu Frage 4:

Nach Angaben der Kantonspolizei bestehen keine Hinweise über ein Milieu in der Stadt Bern, welches der gewaltbereiten rechtsextremen Szene zugerechnet werden könnte. Aktivitäten, an denen rechtsextreme Aktivisten aus der Stadt Bern teilnehmen, finden in der Regel nicht auf dem Gemeindegebiet der Stadt Bern statt.

Zu Frage 5:

Nach Angaben der Kantonspolizei liegen keine Hinweise auf konkrete terroristische Aktivitäten in Bern vor. Wie auch andernorts in der Schweiz feststellbar, können sich aber Personen auch in Bern aufhalten, welche sich für logistische Belange zugunsten von allfälligen terroristischen Aktivitäten einsetzen.

Zu Frage 6:

Wie einleitend und zu Frage 3 bemerkt, ist es Aufgabe der Staatsschutzbehörden des Bundes sowie der nachrichtendienstlichen Tätigkeiten von Polizei und Justiz, jegliche Formen des gewalttätigen Extremismus aufzudecken und zu verfolgen.

Zu Frage 7 und 8:

Eine Regierung ist per se nicht in der Strafverfolgung aktiv. Diese Aufgabe ist der Polizei und der Justiz vorbehalten. Selbstverständlich unterstützt der Gemeinderat aber die konsequente Bekämpfung von Gewalt und gesetzeswidrigem Handeln und dies unabhängig von Ort und Zeitpunkt.

Bern, 16. Oktober 2013

Der Gemeinderat